

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
A. Grundlagen	1
I. Begriffliche Vorüberlegungen	2
1. Staatliche und nichtstaatliche Akteure auf der internationalen Ebene	2
2. Die Herkunft des Konzepts der Partnerschaften aus dem innerstaatlichen Recht	4
II. Die Entstehung von Public-Private Partnerships (PPP) auf internationaler Ebene	5
1. Der Bedeutungsgewinn privater Akteure bei der Steuerung der internationalen Beziehungen	5
2. Private Legitimationsvermittlung und „governance gaps“	7
3. Interdependenz von staatlichen und privaten Akteuren	9
III. Funktionen und Tätigkeitsfelder der PPP	11
IV. Informelle und formelle Varianten der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren	12
1. Informelle Kooperationsformen	13
2. Formelle Kooperationsformen	14
V. Vorteile der Kooperationen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren	14
VI. Zwischenfazit	16
B. Gang der Untersuchung	17
1. Kapitel: Definition des Untersuchungsgegenstandes und konkrete Erscheinungsformen	19
A. Definition des Begriffes der Public-Private Partnerships auf internationaler Ebene	19
I. Alternative Bezeichnungen für die hybriden Organisationsformen	20
II. Die Verwendung des Begriffes der PPP in der deutschen Verwaltungsrechtswissenschaft	21
1. Die Offenheit des Begriffes der PPP	21

2. Einschränkende Kriterien in der deutschen Verwaltungsrechtswissenschaft	22
3. Zwischenergebnis.....	23
III. Die Verwendung des Begriffes der PPP in den internationalen Beziehungen.....	24
1. Die Definition der Generalversammlung der Vereinten Nationen	25
2. Die Definition der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).....	25
3. Die Definition des Internationalen Währungsfonds (IMF).....	26
4. Engere Definitionsansätze in der Literatur	26
5. Zwischenergebnis.....	27
IV. Eigener Definitionsansatz	28
1. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren.....	28
2. Institutionalisierte Zusammenarbeit mit gleichberechtigter Teilnahme von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren	28
3. Verfolgung eines komplementären Zieles	29
4. Eigene Rechtspersönlichkeit	30
V. Zwischenergebnis	31
B. Erscheinungsformen internationaler PPP	32
I. Der Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria	32
1. Entstehungsgeschichte	33
2. Organisationsstruktur	35
3. Rechtsstatus	36
4. Finanzierung.....	37
5. Funktionen.....	38
II. Die Welt-Anti-Doping Agentur (WADA)	39
1. Entstehungsgeschichte	40
2. Organisationsstruktur	43
3. Rechtsstatus	45
4. Finanzierung.....	45
5. Funktionen.....	46

a. Harmonisierung der Verbandsregelungen gegen Doping im Sport	46
b. Implementierung der Anti-Doping-Bestimmungen	47
6. Exkurs: Die Bedeutung der UNESCO-Konvention gegen Doping im Sport	49
a. Regelungsinhalt der Konvention	50
b. Zusammenspiel der Konvention mit den Anti-Doping-Bestimmungen der WADA	51
c. Zwischenergebnis	52
III. Zusammenfassung	53
2. Kapitel: Völkerrecht und internationale Public-Private Partnerships	55
A. Die Völkerrechtssubjektivität der internationalen PPP	56
I. Begriff, Voraussetzungen und Bedeutung der Völkerrechtspersönlichkeit	57
1. Begriff der Völkerrechtspersönlichkeit	57
a. Akteure des internationalen Systems und Völkerrechtssubjektivität	57
b. Unbeschränkte und beschränkte Völkerrechtssubjektivität	59
c. Objektive Wirkung der Völkerrechtspersönlichkeit gegenüber Nichtmitgliedern	60
d. Völkerrechtspersönlichkeit und innerstaatliche Rechtspersönlichkeit	62
e. Zwischenergebnis	63
2. Voraussetzungen für das Vorliegen der Völkerrechtssubjektivität	63
a. Explizite oder implizite Verleihung der Völkerrechtssubjektivität	64
aa. Explizite Verleihung	64
bb. Implizite Verleihung	65
cc. Zwischenergebnis	65
b. Die Ausstattung mit völkerrechtlichen Rechten und Pflichten als Voraussetzung der Völkerrechtssubjektivität	65
aa. Die Auffassung des IGH im Reparations-Case	66
bb. Anforderungen in der Völkerrechtswissenschaft	68
aaa. Notwendigkeit einer Kombination an völkerrechtlichen Rechten und Pflichten	68
bbb. Erfordernis einer ermächtigenden oder verpflichtenden Norm	70
ccc. Stellungnahme	71

c. Struktur der ermächtigenden Norm.....	72
aa. Das subjektive Recht in der deutschen Rechtstheorie.....	73
bb. Anpassung an das Völkerrecht.....	74
aaa. Vorliegen eines völkerrechtlichen Rechtssatzes.....	75
bbb. Schutz des Interesses einer bestimmten Einheit	76
ccc. Konstitutives Erfordernis der Durchsetzbarkeit der Rechtsposition	77
(1). Befürwortende Ansicht.....	77
(2). Gegenauffassung	79
(3). Stellungnahme	80
d. Zusammenfassung.....	82
II. Der völkerrechtliche Rechtsstatus der internationalen PPP	84
1. Völkerrechtliche Rechts- und Pflichtenposition der WADA	84
a. Art. 2 Abs. 25, Art. 14 des Unesco-Übereinkommens gegen Doping im Sport.....	85
b. Art. 3 Buchst. c, Art. 13, 14, 16 Buchst. a, d und g des Unesco- Übereinkommens gegen Doping im Sport.....	85
c. Art. 15 des Unesco-Übereinkommens gegen Doping im Sport.....	85
d. Art. 34 Abs. 1 S. 1 des Unesco-Übereinkommens gegen Doping im Sport	85
e. Art. 29 S. 1 des Unesco-Übereinkommens gegen Doping im Sport.....	86
f. Art. 4 Abs. 3 des Unesco-Übereinkommens gegen Doping im Sport.....	86
g. Zwischenergebnis.....	87
2. Völkerrechtliche Rechtspositionen des Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria.....	87
a. Völkerrechtliche Rechtspositionen des Global Fund aus dem Sitzabkommen mit der Schweiz.....	88
aa. Lehre vom beschränkt völkerrechtlichen Vertrag	89
bb. Kollisionsrechtliche Lösung.....	91
cc. Zwischenergebnis	93
b. Völkerrechtliche Rechtspositionen des Global Fund aus Völkergewohnheitsrecht	93
c. Zwischenergebnis.....	96
III. Zusammenfassung.....	96

B. Die PPP als internationale Organisationen im weiteren Sinne	97
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den internationalen PPP und den zwischenstaatlichen internationalen Organisationen	97
1. Definition und Funktion der (zwischenstaatlichen) internationalen Organisation	98
a. Völkerrechtlicher Gründungsvertrag	98
b. Mitgliedschaft	99
c. Organisatorischer Aufbau	101
d. Funktion	102
2. Der völkerrechtliche Rechtsstatus der internationalen Organisationen ..	103
a. Die internationalen Organisationen als gekorene Völkerrechtssubjekte	104
b. „Basic capacity“-Lehre	105
c. Einzelne Rechtspositionen aus Völkergewohnheitsrecht	106
aa. Völkergewohnheitsrechtliche Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge	107
bb. Gewohnheitsrechtliche Akzeptanz des Gesandtschaftsrechts	108
cc. Die gewohnheitsrechtliche Gewährung von Privilegien und Immunitäten	109
d. Teleologische Interpretation des Gründungsvertrages	111
e. Zwischenergebnis	113
3. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den PPP und den internationalen Organisationen	113
a. Strukturelle und funktionale Gemeinsamkeiten	113
b. Völkerrechtlicher Rechtsstatus	115
II. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den internationalen PPP und den nichtstaatlichen internationalen Organisationen	117
1. Definition und Funktion der nichtstaatlichen internationalen Organisation (NGO)	117
a. Die Definition des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen	118
b. Die Definition des Europarates	119
c. Aufnahme dieser Kriterien in der Völkerrechtswissenschaft	119
aa. Privatrechtliches Gründungsdokument	120

bb. Mitgliedschaft.....	121
cc. Organisatorischer Aufbau.....	122
dd. Funktionen.....	123
2. Der völkerrechtliche Rechtsstatus der nichtstaatlichen internationalen Organisationen	124
a. Die Herleitung einer partiellen Völkerrechtssubjektivität der NGOs	125
aa. Begründung der partiellen Völkerrechtssubjektivität der NGOs	125
bb. Rechtspositionen der NGOs im völkerrechtlichen Primär- und Sekundärrecht	127
b. Kritik an der Annahme einer Völkerrechtssubjektivität der NGOs.....	128
c. Stellungnahme	129
d. Zwischenergebnis.....	130
3. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den PPP und den NGOs.....	130
a. Strukturelle Gemeinsamkeiten	131
b. Vergleichbarer völkerrechtlicher Rechtsstatus	131
c. Funktionale Unterschiede.....	132
C. Zusammenfassung	133
I. Der völkerrechtliche Rechtsstatus der internationalen PPP	133
II. Die PPP als eine neue Organisationsform im Völkerrecht	134
III. Auswirkungen auf die Rechtsstellung von privaten Akteuren im Völkerrecht	135
3. Kapitel: Die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einer ausländischen privatrechtlichen Organisation	137
A. Verfassungsrechtliche Grundaussagen.....	138
I. Die Zulässigkeit der Beteiligung an einer privatrechtlichen Organisationsform.....	139
1. Der Grundsatz der freien Wahl der Organisationsformen	140
2. Die Aufrechterhaltung der Bindung an das öffentliche Recht bei Privatrechtstätigkeit.....	143
3. Folgerungen für die Wahl einer ausländischen privatrechtlichen Organisationsform.....	145

a. Rechtlicher Aussagegehalt des Art. 87d Abs. 1 S. 2 GG.....	145
b. Übertragung des Grundsatzes der freien Wahl der Organisationsform?	146
II. Die Verfassungsentscheidung für eine offene Staatlichkeit.....	147
1. Herleitung des Verfassungsgrundsatzes der offenen Staatlichkeit	148
2. Die rechtlichen Auswirkungen der offenen Staatlichkeit	149
a. Die Bedeutung von Staatszielbestimmungen im Allgemeinen	150
b. Die Bedeutung des Staatsziels der offenen Staatlichkeit im Besonderen	151
c. Bedeutung für die Auslegung des innerstaatlichen Rechts	152
3. Bezug der offenen Staatlichkeit auf internationale Kooperationsformen außerhalb des Völkerrechts?	153
4. Zwischenergebnis	154
B. Verfassungsrechtliche Anforderungen	155
I. Die Ermächtigung zur Übertragung von Hoheitsrechten gem. Artikel 24 Abs. 1 GG	155
1. Normzweck des Art. 24 Abs. 1 GG	157
a. Staatszielbestimmung	158
b. Ermächtigungsfunktion	159
c. Privilegierende Funktion	160
d. Legitimitätsfunktion	162
2. Die einzelnen Tatbestandsmerkmale des Art. 24 Abs. 1 GG	162
a. Hoheitsrechte	162
aa. Die Durchgriffswirkung als wesentliches Merkmal eines Hoheitsrechtes	165
bb. Die Ausweitung des Anwendungsbereichs des Art. 24 Abs. 1 GG auf schlicht-hoheitliches Handeln	167
cc. Möglichkeit der Ausübung von Hoheitsrechten durch PPP	168
b. Übertragung von Hoheitsrechten	168
aa. Keine „Abtretung“ von Hoheitsrechten.....	168
bb. Die Übertragung als „Gesamtakt staatlicher Integrationsgewalt“	169
cc. Die Wahrnehmung autonomer Hoheitsgewalt	170
c. Zwischenstaatliche Einrichtung	172

aa. Die internationalen Organisationen als der „Normalfall“ einer zwischenstaatlichen Einrichtung und die Zulässigkeit von anderweitigen völkerrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten	172
bb. Institutionelle Anforderungen an die zwischenstaatliche Einrichtung	173
cc. Die Unzulässigkeit der Übertragung von Hoheitsrechten auf NGOs ...	175
dd. Die PPP als zwischenstaatliche Einrichtung?	176
aaa. Die überwiegende Ansicht in Rechtsprechung und Literatur.....	176
bbb. Die Offenheit des Art. 24 Abs. 1 GG aufgrund seines Normzweckes.....	177
ccc. Gründe gegen die Anwendung des Art. 24 Abs. 1 GG auf die PPP ...	178
3. Analoge Anwendbarkeit des Art. 24 Abs. 1 GG?.....	180
4. Sperrwirkung des Art. 24 Abs. 1 GG	180
a. Generelle Beschränkung der Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen?	181
b. Reichweite der Sperrwirkung.....	182
5. Zwischenergebnis.....	184
II. Einhaltung der bundesstaatlichen Kompetenzordnung	185
1. Die ausschließliche Bundeskompetenz für den Bereich der auswärtigen Angelegenheiten	185
2. Anwendbarkeit auf die Beteiligung an einer PPP	186
III. Anforderungen des Rechtsstaatsprinzips	188
1. Bindung der Organisation an das Gemeinwohl	189
2. Der Grundsatz der Gewaltenteilung.....	190
a. Die Kompetenzverteilung zwischen Legislative und Exekutive	191
aa. Die konkurrierende Kompetenz zwischen Legislative und Exekutive im Bereich der Bundesverwaltung	192
bb. Die Kompetenzverteilung zwischen Legislative und Exekutive im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten	194
cc. Die Notwendigkeit einer analogen Anwendung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	196
dd. Die Kompetenzverteilung innerhalb der Exekutive.....	198
b. Der Grundsatz funktionsgerechter Organstruktur.....	198
3. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	199
a. Der Grundsatz des Vorrangs des Gesetzes.....	200

b. Der Grundsatz des Gesetzesvorbehalts	200
4. Bindung an die Grundrechte	201
a. Das Schutzniveau der Grundrechte bei Sachverhalten mit Auslandsbezug	202
b. Die Bindung der PPP an deutsche Grundrechte?.....	203
c. Die Bindung der deutschen Staatsgewalt an Grundrechte	204
aa. Anforderungen der Grundrechte an die Kompetenzen und Strukturen der PPP	204
bb. Bindung der deutschen Vertreter in den PPP an Grundrechte	206
5. Rechtsschutzgarantie, Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG	207
a. Möglichkeit der Ausübung öffentlicher Gewalt durch zwischenstaatliche Organisationen	208
b. Möglichkeit der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Private	208
c. Zulässigkeit der Vereinbarkeit einer ausländischen Gerichtsbarkeit	209
d. Anforderungen der Rechtsschutzgarantie für die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an einer PPP	210
6. Zusammenfassung.....	210
IV. Vorgaben des Demokratieprinzips.....	212
1. Das Erfordernis der effektiven demokratischen Legitimation bei der Ausübung von Staatsgewalt	213
a. Legitimationsformen	213
b. Das Legitimationsniveau.....	216
2. Die Zulässigkeit der Beteiligung der deutschen Staatsgewalt an privatrechtlichen Organisationsformen aus der Perspektive des Demokratieprinzips	217
3. Das Erfordernis demokratischer Legitimation bei internationalen Konstellationen	219
a. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Demokratieprinzip und der internationalen Offenheit des Grundgesetzes	220
b. Die Vermittlung demokratischer Legitimation bei internationalen Kooperationen	221
c. Keine Erweiterung der parlamentarischen Zustimmungsrechte	223
4. Die Anforderungen des Demokratieprinzips an die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den PPP	225

a. Die Notwendigkeit der Orientierung anhand des Maßstabs für internationale Sachverhalte	225
b. Die Möglichkeiten der Legitimationsvermittlung bei den PPP	226
c. Die demokratiethoretische Beurteilung der Beteiligung der deutschen Staatsgewalt an einer PPP	227
aa. Bedenken gegen die Beteiligung	227
bb. Lösung über einen völkerrechtlichen Vertrag?	228
d. Ergebnis	229
V. Vorgaben des Sozialstaatsprinzips	230
VI. Weitere Verfassungsvorgaben	231
1. Vorbehaltsbereiche für Verwaltungsträger, Art. 86 ff. GG	231
2. Funktionsvorbehalt für Beamte, Art. 33 Abs. 4 GG	233
a. Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse	233
b. Ausnahmemöglichkeiten	235
3. Vorgaben des Haushaltsverfassungsrechts	236
a. Die Budgethoheit des Bundestages nach Art. 110 Abs. 2 GG	236
b. Einhaltung des Gebots der Wirtschaftlichkeit, Art. 114 Abs. 2 S. 1 GG	237
4. Achtung der Gebietshoheit des Heimatstaates der PPP gem. Art. 25 S. 1 GG	239
5. Achtung der Identität des Grundgesetzes gem. Art. 79 Abs. 3 GG	240
C. Zusammenfassung	241
I. Positive Grundhaltung der Verfassung gegenüber den PPP	242
II. Grenzen durch Art. 24 Abs. 1 GG und das Demokratieprinzip	243
Fazit	245
A. Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit	245
I. Die Erscheinungsform der Public-Private Partnership auf internationaler Ebene	245
II. Definition und Erscheinungsformen	246
III. Der völkerrechtliche Rechtsstatus der PPP	248

IV. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einer ausländischen privatrechtlichen Organisation.....	251
B. Schlussbetrachtung und Ausblick.....	256
Literaturverzeichnis.....	259